

Beamtenbund fordert acht Prozent

Staatsdiener im Land werten Tarifabschluss als Signal - Kommunen kündigen Stellenabbau an

STUTT GART. Der Tarifabschluss bei Bund und Kommunen wirkt auch auf die Staatsdiener im Land ermutigend. Der baden-württembergische Beamtenbund verlangt für das kommende Jahr eine Besoldungserhöhung um acht Prozent. Unterdessen kündigen Kommunen im Land an, Investitionen zu strecken oder Personalstellen abzubauen, um die höheren Kosten aufzufangen.

Von Thomas Breining und Reiner Ruf

Auf einer turnusmäßigen Sitzung hat sich der Landesvorstand des Beamtenbunds gestern darauf verständigt, für das Jahr 2009 eine Besoldungsanpassung in Höhe von acht Prozent zu fordern. Der Landesvorsitzende Volker Stich sagte nach dem Treffen, die Beamten des Landes und der Kommunen hätten „Anspruch auf soziale Teilhabe“. Für die unteren Besoldungsgruppen verlangt Stich einen Mindestbetrag von 200 Euro im Monat.

Dagegen reagierte Finanzminister Gerhard Stratthaus (CDU) verhalten auf eine Übertragung des Tarifabschlusses. „Angesichts der jetzt schon absehbaren Deckungslücken in den kommenden Jahren sind die finanziellen Möglichkeiten des Landes begrenzt“, sagte Stratthaus. Dies gelte auch für die Arbeiter und Angestellten des Landes. Deren Tarifvertrag läuft Ende des Jahres aus; die Verhandlungen beginnen aber erst Anfang 2009. „Der Tarifabschluss im Bereich des Bundes und der Kommunen hat deshalb

für uns keine unmittelbare Bedeutung“, sagte Stratthaus der Stuttgarter Zeitung.

Städte und Gemeinden rechnen unterdessen nach, welche Zusatzkosten ihnen der Abschluss aufbürdet. Der Hauptgeschäftsführer des Kommunalen Arbeitgeberverbands, Hermann Gebert, bezifferte die Mehrausgaben auf eine Milliarde Euro. „Die Kommunen werden prüfen, was über Gebührenerhöhungen oder Rückstellung von Investitionen zu finanzieren ist — oder über Personalabbau.“

Für kommunale Krankenhäuser sei der Abschluss „desaströs“, sagte Gebert. Der Städtetag und die Krankenhausgesellschaft forderten das Land auf, sich beim Bund für eine bessere Finanzierung der Kliniken einzusetzen. Sonst könnten die Kliniken von Städten und Landkreisen den Tarifabschluss nicht verkraften. Ohne Entlastung wäre man gezwungen, „Personal abzubauen, mit der Folge längerer Wartezeiten für die Patienten und von Leistungseinschränkungen“, so der Städtetag. Er fordert vom Land außerdem ein Sonderprogramm für Investitionen von 600 Millionen Euro, verteilt über vier Jahre.

Bei den Kommunen erhöht der Tarifabschluss den Druck auf die Stellenpläne und verstärkt den Trend zur Privatisierung. Das ergab eine Umfrage der StZ unter Städten im Land. In Mannheim werde wohl weniger investiert. In Freiburg, wo in den vergangenen vier Jahren bereits 400 Stellen ausgelagert und 250 Posten gestrichen worden waren, hieß es, an eine Entspannung sei „nach diesem Abschluss nicht mehr zu denken“.

Demgegenüber sagte der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Claus Schmiedel, man müsse „nicht in den Jammergesang der Kommunen einstimmen“. Sie hätten „noch ein Riesenpotenzial zur Steigerung der Arbeitsproduktivität“ und sollten die „Rationalisierungsreserven ausnutzen“. So könnten Kommunen prüfen, ob sie alle Aufgaben in eigener Regie machen müssten oder einige von anderen miterledigen lassen könnten. Der Chef der CDU-Fraktion hält für „positiv, dass wir keinen Streik haben werden“. „Nach vielen mageren Jahren halte ich das von Minister Schäuble erzielte Ergebnis für vertretbar.“ Was die Verhandlungen für die Angestellten des Landes ab 2009 angehe, sei „klar, dass dieses Ergebnis zeitgleich auf die Beamten übertragen wird“. Das sei versprochen, „und das werden wir auch halten“.

Kommunen vor Problemen

Seite 5

Beamtenbund nimmt Oettinger beim Wort

Ministerpräsident hat „erhebliche Gehaltsanpassung“ versprochen - Stich fordert acht Prozent

STUTT GART. Mit seiner Forderung nach einem Besoldungsnachschlag für das laufende Jahr ist der Beamtenbund im Land zuletzt gescheitert. Nun verlangt er für 2009 eine kräftige Gehaltserhöhung für die Staatsdiener.

Von Reiner Ruf

Die gestrige Vorstandssitzung des baden-württembergischen Beamtenbunds war seit langem geplant gewesen, doch die Terminwahl hätte kaum glücklicher ausfallen können. Der Tarifabschluss für die Arbeiter und Angestellten des Bundes sowie der Kommunen dominierte die Tagesordnung des Treffens. „Wir freuen uns über das positive Ergebnis“, sagte Volker Stich, der Landeschef des Beamtenbunds, am Rande des Treffens. „Das ist mehr als erwartet.“

Der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen summiert sich auf eine Gehaltserhöhung von insgesamt knapp 8,7 Prozent für die Jahre 2008 und 2009. Dagegen müssen die Beamten des Landes sowie der Kommunen in diesem Jahr mit einer Besoldungsanpassung von 2,9 Prozent vorliebnehmen. Wobei der Beamtenbund da

rauf hinweist, dass wegen des gekürzten Weihnachtsgelds sowie der zeitlichen Staffe-lung der Besoldungserhöhung tatsächlich nur 1,4 Prozent für die Beamten herauskommen.

Deshalb hatte sich Verbandschef Stich sehr für einen Nachschlag auf die Besoldungs-erhöhung 2008 ins Zeug gelegt, war damit aber bei Ministerpräsident Günther Oetting-er (CDU) abgeblitzt. Zuletzt hatte der Regie-rungschef auf dem Gewerkschaftstag des Lan-desbeamtenbunds im Dezember 2007 die Nachschlagsforderung in Höhe von 2,4 Pro-zent zurückgewiesen. Zugleich stellte Oetting-er damals jedoch eine „erhebliche Gehalts-anpassung“ für das Jahr 2009 in Aussicht.

Verbandschef Stich hält dies angesichts der derzeit noch günstigen Wirtschaftslage für gerechtfertigt. Doch die Forderung nach einer Besoldungserhöhung von acht Prozent, wie sie gestern vom Beamtenbund erhoben wurde, dürfte den Erwartungshorizont Oet-tingers sprengen. In der mittelfristigen Fi-nanzplanung des Landes sind bisher für den Zeitraum von 2009 bis 2011 lediglich Besoldungszuschläge in Höhe von 2,5 Prozent pro Jahr vorgesehen. Im Finanzministerium weist man darauf hin, dass jeder Prozentpunkt das Land etwa 120 Millionen Euro zusätzlich koste. Der Mehraufwand für die konimuna

len Haushalte ist nicht berücksichtigt. Andererseits mussten die Beamten in den vergan-gen Jahren bei der Beobachtung ihrer Gehaltskonten Geduld zeigen und sich auch in Enthaltbarkeit üben. Laut Finanzministe-rium gab es 2006 und 2007 lediglich Einmal-zahlungen, 2005 eine Nullrunde, in den Jah-ren zuvor wurden die Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst regelmäßig nur mit Verzö-gerung auf die Beamten übertragen.

Ende des Jahres läuft der Tarifvertrag für die Arbeiter und Angestellten des Landes aus. Seit dem Austritt der Länder aus der Tarifge-meinschaft mit Bund und Kommunen unter-liegen sie einem eigenen Tarifvertrag der Länder (mit Ausnahme Hessens und Berlins). Zugleich ist mit der Föderalismusreform die Zuständigkeit für die Beamtenbesoldung und das Beamteneckel an die Länder gegangen. Beamtenbundchef Stich will jetzt darauf hin-wirken, dass alle Beschäftigten in gleichem Maße von der guten Konjunktur profitieren. In diesem Jahr sei das noch nicht der Fall. Er verweist auf die Landratsämter, wo die 13earn-ten sowie die Beschäftigten nach den Tarifver-trägen des öffentlichen Dienstes (TVöD) (ui Bund und Kommunen) sowie der Länder (TV-L) ganz unterschiedlich an der Einkom-men sent wicklung teilhaben.



Die Landesbeamten hoffen nun auf eine
die Besoldungserhöhung.
Foto Steil